

Unsere Heimat

Kriegsrecht im Kosovo, Massendemonstrationen in Serbien – der Nationalitätenstreit im Vielvölkerstaat droht zum Bürgerkrieg auszuarten.

Panzer in den Straßen von Priština, Militärposten in voller Kriegsausrüstung an allen strategisch wichtigen Punkten, die das Ausgehverbot überwachen. Wieder einmal, schon zum viertenmal seit Kriegsende, ist die mehrheitlich von Albanern bewohnte jugoslawische Südprovinz Kosovo Schauplatz einer nationalen Revolte.

Um den Aufruhr niederzuschlagen, fiel der von Auflösungserscheinungen in Politik und Wirtschaft gestreßten jugoslawischen Staats- und Parteiführung wieder nur Gewalt ein. Die 10 000 in das Kosovo abkommandierten Soldaten der Miliz sollten einen Generalstreik und den Hungerstreik von 1200 albanischen Kumpeln in den Bleigruben von Stari Trg brechen.

Doch noch bevor die Panzerkolonnen ihr Ziel erreicht hatten, waren am vorigen Montag die Forderungen der Streikenden erfüllt: Drei albanische Spitzenfunktionäre, darunter auch Parteichef Rahman Morina, traten zurück, weil sie bei ihren Landsleuten in Verdacht geraten waren, „Kollaborateure der serbischen Hegemonisten“ zu sein.

Das wiederum brachte die Serben auf die Straße. Über zwei Millionen Demonstranten marschierten in den Republiken Serbien, Montenegro und Mazedonien gegen die „albanische Konterrevolution“ auf und verlangten ultimativ Revision der „erpressten Rücktritte“.

Allein vor der Skupština, dem jugoslawischen Parlament in Belgrad, versammelten sich fast eine Million Arbeiter, Studenten und Schüler, die mit dem Schlachtruf „Das Kosovo ist unser!“ die Bestrafung aller „albanischen Separatisten“ verlangten. Betriebe und Schulen machten die ganze Woche über dicht – für die „heilige serbische Sache“.

Und in die Kupfer- und Zinkgrube Kopaonik bei Leposavić, nur wenige Kilometer von Stari Trg entfernt, fuhrten 800 serbische und montenegrinische Bergleute ein, um nun ihrerseits den Protest gegen die Albaner mit einem Hungerstreik zu unterstützen.

Gegen die „chauvinistischen Ausfälle“ der Serben demonstrierten wiederum Tausende Slowenen im Norden des Vielvölkerstaats, Hunderttausende unterzeichneten Solidaritätsadressen. Im Kulturhaus von Ljubljana durfte in Anwesenheit des slowenischen Parteichefs Milan Kučan der Sekretär der slowenischen Parteijugend, Jože Skolc, die ungeliebten Serben gar mit den Nazis vergleichen:

„Die Serben behandeln die Albaner im Kosovo wie Hitler die Juden. Man schimpft sie Vergewaltiger und Tiereschänder. Jeder kann einen Albaner beleidigen, ohne daß er etwas zu befürchten hätte.“

Nach der Veranstaltung wurden für einen albanischen Solidaritätsfonds Plaketten verkauft, auf denen ein Davidstern und die Aufschrift „Kosovo ist unsere Heimat“ zu sehen sind.

Der inzwischen schier unlösbare Streit, wessen Heimat das Kosovo ist und wer dort das Sagen haben soll, tobt in Jugoslawien seit Jahren. Denn das bergige Hochplateau wird mehrheitlich von Albanern, aber auch von Serben und Montenegrinern bewohnt, die einander gegenseitig beschuldigen, ihre Landsleute zu unterdrücken und zu verdrängen.

Der Nationalitätenkonflikt um das Kosovo ist in der Vielvölkerrepublik aber auch zum Symbol eines immer heftiger werdenden Zwistes zwischen Serbien und den reicheren Republiken Slowenien und Kroatien um den politischen Kurs und die wirtschaftliche Orientierung im ganzen Staat geworden.

Staatsgründer Tito hatte nach dem Krieg dem bis 1913 zum Osmanischen Reich gehörenden Kosovo und der bis 1918 ungarischen Provinz Vojvodina den Status „autonomer Gebiete“ gegeben, mit nationaler Kulturhoheit. Territorial sollten sie wie vor dem Zweiten Weltkrieg zu Serbien gehören.

Doch die Serben nutzten ihre Rechte unter dem Polizeiminister Aleksandar Ranković zur gewaltsamen Kolonisation der beiden Provinzen. Tausende von Kosovo-Albanern sind unter dem Schreckensregime der serbischen Geheimpolizei damals umgekommen.

Im Jahre 1974, nach einer Welle albanischer Unruhen und Streiks, schrieb Tito die Autonomie des Kosovo in einer neuen Verfassung fest: Die Provinz konnte nun über ihre Gerichtsbarkeit, ihre Wirtschaft und sogar die territoriale Verteidigung selbst bestimmen.

Sieben Jahre später, Tito war tot, kam es zum albanischen Aufstand mit der Forderung, das Kosovo solle die gleichen Rechte bekommen wie die sechs Republiken Jugoslawiens. Doch Belgrad schickte die Armee und ließ den Aufstand niederschlagen. Seitdem ist der Haß zwischen Serben und Albanern im Kosovo festgeschrieben und die Chance auf eine friedliche Einigung durch den nationalen Starrsinn beider Seiten vertan.

Die Kosovo-Albaner, eng mit den Bewohnern der benachbarten Republik Albanien verwandt, pochen darauf, daß sie mit 87,4 Prozent der Einwohner in der absoluten Mehrheit sind und über ihr Gebiet selbst bestimmen wollen.

Die Serben hingegen, die nur noch sieben Prozent der Bevölkerung stellen und seit 1981 mehr als 40 000 Landsleute durch Abwanderung verloren haben, werfen den Albanern systematische Verfolgung vor – sogar der albanische Geburtenüberschuß sei „eine Waffe in der Hand unserer Feinde“.

Beide Seiten argumentieren auch historisch: Nach serbischer Geschichtsschreibung gehörte die Hochebene schon im 12. Jahrhundert zum Großserbischen Reich, dessen Verteidiger, Fürst Lazar, im Jahr 1389 in der Schlacht auf dem Amselfeld im Kampf gegen die Osmanen fiel. Erst dann – so die Serben – kamen im Gefolge der siegreichen Türken auch die Albaner.

Albanische Historiker hingegen behaupten, daß die Serben erst in das



Albanische Demonstranten in Priština: Plaketten mit dem Davidstern

Zerronnene Träume

Die erst seit einem Monat amtierende Regierung verhängte ein Sparprogramm. Das Volk begehrte auf – über 200 Menschen starben.

Willy Brandt, Fidel Castro und Hunderte andere ausländische Politiker beklatschten im Teresa-Carreño-Theater von Caracas die Amtseinführung des sozialdemokratischen Präsidenten Carlos Andrés Pérez. Eine Woche lang feierten die Venezolaner gleichsam die Krönung ihres beliebten Staatsoberhauptes.

Das war Anfang Februar. Kaum einen Monat später erhob sich das Volk, weil Pérez, der so großzügig feierte und im Wahlkampf Millionen Dollar verschleuderte, nun harsche Sparmaßnahmen verhängte: Erhöhung der Benzinpreise um 100-Prozent zum 1. März, Anhebung der Bustarife um 30 Prozent.

Die Unternehmer der privaten Buslinien – Haupttransportmittel in Venezuela – paßten ihre Fahrpreise eigenmächtig an, bis zum Doppelten: So sollte beispielsweise ein Arbeiter monatlich für die Fahrt vom Vorort Guarenas in die 50 Kilometer entfernte Hauptstadt gleich ein Viertel des Mindestlohns ausgeben. Empörte Arbeiter in Guarenas zündeten Busse und Autos an, bewarfen die gepanzerten Wagen der Nationalgarde mit Steinen.

Binnen weniger Stunden schwappte die Protestwelle über das ganze Land. In den Großstädten lieferten Studenten und Schüler der Polizei Straßenschlachten, weil die Busfahrer sie nicht mehr zum Vorzugstarif befördern wollten.

Aus den Slums um die Hauptstadt stürmten die Armen in die Innenstadt und plünderten Einkaufszentren und Läden leer: Einige Bäcker hatten die Brotpreise bis zu 300 Prozent heraufgesetzt. Auch Kaffee, Zucker und Reis waren über Nacht teurer geworden. Die Wut der Armen traf auch das vornehme Shopping-Center des Country Clubs, das restlos ausgeräumt wurde: Der Mob schleppte Hi-Fi-Anlagen, Computer, Delikatessen genauso weg wie ausländische Spirituosen.

Vor den wenigen Läden, die noch Waren in den Regalen hatten, standen am Mittwoch lange Käuferschlangen. Weil nach stundenlangem Warten nichts

Kosovo eingedrungen seien, als es längst von den Albanern besiedelt war. Diese „Ureinwohner“ ließen sich von den Türken zum Islam bekehren, lebten mit serbischen Christen aber in friedlicher Nachbarschaft.

Neu entfacht wurde der Zwist durch den serbischen Parteichef Slobodan Milošević, 48. Der populistische Funktionär forderte, von Massendemonstrationen frenetisch unterstützt, die Korrektur der Verfassung, um die Vojvodina und das Kosovo wieder stramm unter serbische Kontrolle zu stellen.

Nur so, sagt Milošević, könne die Unterdrückung der Serben durch die Albaner verhindert werden. Wer gegen seine Maximallösung war, wurde unter dem Druck der Straße gefeuert: serbische Spitzengenosse, die Parteiführung in der Vojvodina und in Montene-

rung wie so oft in diesen Monaten ratlos. Auch Milošević, der den Konflikt angeheizt hatte, fiel nun nichts mehr ein.

In einer kurzen Ansprache am Mittwoch versuchte er, den Einsatz der Armee als Präventivschlag gegen einen angeblich geplanten bewaffneten Putsch der Kosovo-Albaner zu rechtfertigen. Es gäbe Listen und Dokumente mit den Namen der Schuldigen sowie geheime Waffenlager – Beweise freilich blieb er bislang schuldig.

Dafür wurde der Nationalheld Azem Vllasi festgenommen, weil er die streikenden Bergleute von Stari Trg zum Durchhalten aufgefordert haben soll.

Damit erbitterte der serbische Betonkopf aber nicht nur die Albaner bis zur Weißglut, auch im jugoslawischen Nor-



Panzer der jugoslawischen Miliz im Kosovo: Starrsinn beider Seiten

gro und – nach hartem Kampf – auch die Parteiführung im Kosovo. Überall bezogen Milošević genehme Funktionäre die freigeschossenen Posten.

Ein Typ nach dem Geschmack von Milošević war auch Rahman Morina, erst vor fünf Wochen als albanischer Parteichef eingesetzt. Was den gebürtigen Albaner beim eigenen Volk verhaßt machte, war den Serben gerade recht. Er hatte als Polizeiminister 100 000 Albaner der Polizei vorführen, verhören und fast 10 000 als „Separatisten“ aburteilen lassen.

Sein Vorgänger Azem Vllasi hingegen wurde, weil er sich Miloševićs Plänen widersetzt hatte, sogar aus dem jugoslawischen ZK ausgeschlossen – das war das Signal für den Generalstreik im Kosovo.

Nach den Unruhen und den Belgrader Gegendemonstrationen gab sich die jugoslawische Partei- und Staatsfüh-

den wächst der Haß gegen Milošević. Der kroatische Schriftstellerverband forderte den Serbenführer ultimativ zum Rücktritt auf, weil er mit seiner abenteuerlichen Politik den Bestand des Vielvölkerstaats ernsthaft in Gefahr gebracht habe.

Die Zagreber Zeitung „Vjesnik“ warnte: „Die Gewalt gegen Andersdenkende führt zum allgemeinen Untergang.“

Panzer im Kosovo gegen die rebellischen Albaner, aufgeputschte Massen in Serbien, wütende Proteste in Slowenien und Kroatien: Es scheint, daß es für die jugoslawischen Völker überhaupt keine Autorität mehr gibt, die sie zur Einheit zusammenbindet, die Partei ist dazu längst nicht mehr in der Lage.

Der slowenische Parteichef Kučan auf die Bitte um ein Interview: „Wir stehen vor einem Bürgerkrieg, mehr habe ich nicht zu sagen.“